

Presse - Mitteilung

Stuttgart, 8. April 2011

Der Landesvorsitzende

Heinz Kälberer
Oberbürgermeister a.D.
Eichendorferstraße 131
71665 Vaihingen/Enz
E-Mail: elvira.kiehnle@web.de

Freie Wähler Landesverband Baden-Württemberg fordert die Parteien der künftigen Landesregierung auf, keine Festlegungen zu Lasten der Kommunen zu treffen, ohne dafür einen finanziellen Ausgleich zu schaffen. Außerdem schlägt er einen ständigen Beirat zum Bürokratieabbau vor.

Auch wenn die Konjunktur wieder angesprungen ist leiden die Städte, Gemeinden und Landkreise noch unter den finanziellen Folgen der Finanzkrise. " Die Städte und Gemeinden dürfen nicht einseitig zur Finanzierung landespolitischer Ziele herangezogen. Das Konnexitätsprinzip der Landesverfassung muss bei künftigen Aufgabenübertragungen beachtet werden " fordert der Landesvorsitzende der Freien Wähler, Heinz Kälberer in Stuttgart.

Der Ausbau der Kinderbetreuung und die Folgen der Hartz IV Gesetze haben den Kommunen weitere Belastungen gebracht, die nicht durch Zuweisungen des Bundes und des Landes ausgeglichen werden. " Verbesserte Angebote der Kinderbetreuung können durch Elternbeiträge nicht finanziert werden " stellte Landesvorsitzender Heinz Kälberer fest. " Auch eine diskutierte Abschaffung oder Reduzierung von Kindergartenbeiträgen ist für die Gemeinden ohne finanziellen Ausgleich nicht tragbar".

Die Weiterentwicklung der Schulen ist eine ständige Aufgabe, die auch die Freien Wähler sehen. "Wir stehen zu der Aufgabe mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Das kann aber nicht auf dem finanziellen Rücken der Kommunen geschehen ", appellierte Landesvorsitzender Heinz Kälberer. Er forderte die Partei der Grünen und der SPD, die eine neue Landesregierung bilden werden, auf die Rechte der Städte und Gemeinden zu wahren.

Bürokratieabbau muss zur politischen Daueraufgabe werden. "Auf Landesebene sollte ein ständiger Beirat eingerichtet werden der mit Fachleuten aus Wirtschaft, Verbänden und Kommunen besetzt wird" schlägt Heinz Kälberer vor. Der Beirat legt der Regierung und dem Landtag einen jährlichen Bericht vor. Die Regierung schlägt danach Maßnahmen zur Reduzierung vor oder führt sie in eigener Zuständigkeit durch, so der Vorschlag des Freie Wähler Landesverbandes.

Ansprechpartner und V.i.S.d.Presserechts:
Heinz Kälberer, Tel. 0171/6250387